



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/sr

Staatsrat
Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg

PER E-MAIL

SVP Sense-Oberland
Oliver Rumo

E-Mail: politik@oliver-rumo.ch

Freiburg, den 5 Oktober 2026

2026-781

Antwort des Staatsrats auf die Petition mit der Forderung «Sicherheit für alle! Asyl-Chaos Guglera stoppen!»

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Staatsrat des Kantons Freiburg hat die am 24. März 2026 eingereichte Petition «Sicherheit für alle! Asyl-Chaos Guglera stoppen» geprüft. Die Petition fordert das Ergreifen von Massnahmen durch den Kanton Freiburg und das SEM rund um Sicherheitsfragen des Bundeszentrums Guglera.

Anliegen der Petition

Die Petentinnen und Petenten ersuchen den Staatsrat insbesondere darum, in Bezug auf das Bundeszentrum Guglera gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Migration SEM transparent zu kommunizieren, konkrete Massnahmen zu entwickeln und umzusetzen, welche das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nachhaltig stärken und die jährlichen Kosten offenzulegen, welche durch die Bewohner jährlich für den Steuerzahler anfallen.

Zudem weist der Petitionstext darauf hin, dass Asylbewerber immer wieder versuchen, Türen von parkenden Autos zu öffnen, was bei den Betroffenen Angst und Unsicherheit auslöst. Dass Frauen von Belästigungen durch Asylbewerber in öffentlichen Verkehrsmitteln berichten, was das Sicherheitsgefühl stark beeinträchtigt. Dass Mitbürger Opfer von Einbrüchen werden, welche von Asylbewerbern verübt werden, wodurch das Vertrauen in die Alltagssicherheit erheblich gestört wird.

Rechtlicher und fachlicher Rahmen

Beim BAZ Guglera handelt es sich rechtlich um ein Bundesasylzentrum (BAZ). Demzufolge liegt die operative Verantwortung für Betrieb, Betreuung und Sicherheit vollumfänglich beim Bund, vertreten durch das Staatssekretariat für Migration (SEM). Die Rolle des Kantons ist entsprechend begrenzt und bezieht sich nicht auf die operative Umsetzung des Zentrumsbetriebs.

Trotz der klaren bundesrechtlichen Zuständigkeiten im Bundesasylzentrum nimmt die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD), in Hinsicht auf das öffentliche Interesse, eine weiterhin ausserordentlich aktive Rolle wahr. Sie steht in engem Austausch mit dem SEM, den Sicherheitsverantwortlichen sowie den betroffenen Gemeinden und dem Oberamtmann. Ziel ist es, auf operativer Ebene eine bestmögliche Koordination sicherzustellen und Kommunikationswege möglichst kurz und reaktiv zu gestalten. Diese Zusammenarbeit wurde in den letzten Jahren kontinuierlich erweitert und auch in präventiver Hinsicht intensiviert. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem SEM, der Kantonspolizei, den Freiburgischen Verkehrsbetrieben (TPF), dem Oberamt, den betroffenen Gemeinden sowie den für Betreuung und Sicherheit zuständigen Dienstleistern statt. Ziel ist es, sicherheitsrelevante Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, Informationen zu bündeln und bei Bedarf rasch koordinierte Massnahmen umzusetzen. Die Kantonspolizei erfasst und analysiert die Vorfälle im Zusammenhang mit den Asylunterkünften regelmässig, damit präventive und reaktive Massnahmen laufend an die aktuelle Situation angepasst werden können.

Stellungnahme des Kantons Freiburg

Der Kanton nimmt die geäusserten Bedenken der Bevölkerung sehr ernst. Die GSD verfolgt die Situation im und um das Bundesasylzentrum sorgfältig, unterstützt die Gemeinden im Umgang mit Anliegen der Anwohnerschaft und bringt die kantonale Perspektive in die Gespräche an Runden Tischen ein. Ergänzend zum regelmässigen Kontakt zu Gemeinden, Oberamt, SEM und ORS erhalten die Kantonsbehörden aktualisierte Informationen zum Zentrumsbetrieb sowie Rückmeldungen zu allfällig umgesetzten Massnahmen und deren Wirkung.

Der Staatsrat stellt fest, dass die Sicherheitslage rund um das Bundesasylzentrum nach einer vorübergehend angespannten Phase Ende 2025 und Anfang 2026 wieder stabilisiert werden konnte. Gleichzeitig anerkennt er, dass einzelne Vorfälle das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen können. Deshalb werden sowohl die objektive Sicherheitslage als auch die subjektive Wahrnehmung der Bevölkerung fortlaufend beobachtet und in die Beurteilung der Situation einbezogen.

Die in der Petition verlangte Umsetzung der Anliegen widerspiegeln die am 30. März 2026 in der Grossratssitzung behandelten Traktanden. Der Staatsrat unterstützt das Anliegen in Bezug auf eine transparente Kommunikation und stellte eine gemeinsame Kommunikation mit dem SEM in Aussicht, welche künftig regelmässig erfolgen soll.

Ein Postulat für einen Pendelbus in Richtung der Stadt Freiburg für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bundesasylzentrums wurde im Grossen Rat abgelehnt. Der Staatsrat teilt jedoch die Meinung, dass nach wie vor Handlungsbedarf besteht und setzt sich aktiv dafür ein, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu erhöhen. Präventive und sicherheitsrelevante Massnahmen werden fortlaufend der aktuellen Situation angepasst und resultieren aus einer intensiven Zusammenarbeit von Bund, Kantonsbehörden, Gemeinden und weiteren beteiligten Akteuren. In jüngster Zeit umfassten diese insbesondere eine verstärkte Präsenz der Kantonspolizei, zusätzliche Kontrollen, verstärkte Sicherheitsvorkehrungen des SEM und der TPF sowie Sensibilisierungsassnahmen für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bundesasylzentrums hinsichtlich der Regeln und Erwartungen im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Staatsrat begrüsst zudem die Möglichkeit gezielter Verlegungen besonders auffälliger Personen, sofern diese im Rahmen der Bundeskompetenzen angezeigt und rechtlich zulässig sind. Der öffentlichen Sicherheit und der Repräsentation der Bedenken der Bevölkerung kommt hier ein besonderes Interesse zu. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei auch der Situation im öffentlichen Verkehr. Der Staatsrat steht diesbezüglich in engem Austausch mit den TPF und den Sicherheitsverantwortlichen. Die bestehenden Melde- und Alarmierungsabläufe ermöglichen bereits heute ein rasches Einschreiten der zuständigen Stellen bei Vorfällen. Die ergriffenen

Massnahmen haben nach Einschätzung der beteiligten Behörden zu einer Beruhigung der Situation beigetragen.

Zur Transparenz der Kosten ist festzuhalten, dass eine vollständige Erfassung aufgrund der Vielzahl der beteiligten Akteure nicht realistisch ist. Die direkten Kosten hingegen sind bekannt und werden vom Bund veröffentlicht.

Der Staatsrat dankt den Petentinnen und Petenten für ihr Engagement zugunsten der öffentlichen Sicherheit und eines effizienten Betriebs der Bundesasylunterkunft Guglera.

Zusammenfassend informiert der Staatsrat, dass

- > er das Anliegen für eine transparente Kommunikation teilt und weiterhin erfüllen wird;
- > sich der Staatsrat in Zusammenarbeit mit dem SEM und eines erweiterten Gremiums, bestehend aus Gemeinden und Vertretern von engagierten und lösungsorientierten Interessengruppen, weiterhin aktiv für die Umsetzung von der aktuellen Situation angepassten Massnahmen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung einsetzt, insofern diese dem politischen Willen der Bevölkerung entsprechen;
- > er die Entwicklung der Sicherheitslage rund um das Bundesasylzentrum laufend beobachtet, den regelmässigen Informationsaustausch zwischen SEM, Kantonspolizei, Gemeinden, TPF und weiteren Partnern fördert und bei Bedarf zusätzliche Sicherheits- und Präventionsmassnahmen unterstützt;
- > er dem Anliegen zu einer Kostentransparenz wie bis anhin nach realistischen Vorgaben stattgeben wird.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Staatsrats:

Philippe Demierre, Präsident



Philippe Demierre

Signature électronique qualifiée - Droit suisse

Danielle Gagnaux-Morel, Staatskanzlerin

Danielle Gagnaux-Morel

Signature électronique qualifiée - Droit suisse

Das Original dieses Dokuments wird in elektronischer Form ausgestellt

Kopie

—

an die Direktion für Gesundheit und Soziales, für sich und das Kantonale Sozialamt;
an die Staatskanzlei.